



## **Leipziger Appell 2019**

### **Für ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen**

Die Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind seit 1919 für die AWO unumstößlich und Kompass ihres Handelns:

- Solidarität bedeutet, über Rechtsverpflichtungen hinaus, durch praktisches Handeln füreinander einzustehen.
- Toleranz erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird.
- Freiheit ist die Freiheit eines jeden, auch der Andersdenkenden.
- Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen.
- Gerechtigkeit fordert einen Ausgleich in der Verteilung von Arbeit und Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Wohnen, Bildung und Kultur.

Dagegen versuchen intolerante und unsolidarische Gruppierungen, die Gesellschaft zu spalten. Rechtspopulist\*innen und Rechtsextreme schüren auf der Straße, am Arbeitsplatz, in den Parlamenten wieder Hass gegen Andersdenkende, „Fremde“ und „Andere“. Sie verherrlichen die eigene Nation und setzen alles herab, was ihnen fremd erscheint. Lehren aus der Geschichte der NS-Gewaltherrschaft lehnen sie ab. Sie propagieren Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gegen eingewanderte und geflüchtete Menschen. Auf dieser antidemokratischen, ideologischen Grundlage werden Menschen ausgegrenzt, missachtet und gewaltsam angegriffen. Diese Entwicklungen nehmen wir als Arbeiterwohlfahrt nicht hin.

Die Orientierung an den Menschenrechten ist für Gliederungen und Einrichtungen der AWO Grundlage ihrer Arbeit. In Veranstaltungen und Publikationen sensibilisiert die AWO Mitarbeitende und Mitglieder, Zielgruppen und Öffentlichkeit für alle Formen der Ausgrenzung und entwickelt alltagstaugliche Strategien, um die Teilhabe aller am Gemeinwesen sicherzustellen. Die Mitgliedschaften in rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen sind mit einer Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Arbeiterwohlfahrt unvereinbar.

Der AWO Bundesausschuss fordert alle Verbandsgliederungen auf, in ihrem Engagement für die Achtung der Menschenrechte nicht nachzulassen und dem extremen Nationalismus energisch entgegenzutreten.

Bundesausschuss der Arbeiterwohlfahrt am 25. Mai 2019